

Beschlussvorlage Stadt Ratzeburg

Stadt Ratzeburg 2023 – 2028

Datum: 01.10.2025

SR/BeVoSr/137/2025/1

Gremium	Datum	Behandlung
Stadtvertretung	13.10.2025	Ö

Verfasser/in: Sauer, Mark

FB/Aktenzeichen:

Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen; hier: Nutzung des Rondells an der Schloßwiese

Zielsetzung:

Nutzung des Rondells an der Schloßwiese für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen in der Förderperiode von 2025 - 2032

Beschlussvorschlag:

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss empfiehlt nicht, (der Finanzausschuss hat dazu nicht beraten) und der Hauptausschuss empfiehlt nicht der Stadtvertretung,

eine Nutzung des Rondells an der Schloßwiese für Arbeit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen zu ermöglichen und die Verwaltung mit Ausarbeitung eines Pachtvertrages mit der Volkshochschule Ratzeburg und Umland e.V. für ... Jahre zu beauftragen, aus dem der Stadt keine weiteren Unterhaltungsverpflichtungen entstehen.

Bürgermeister

Verfasser

elektronisch unterschrieben und freigegeben durch:

Graf, Eckhard, Bürgermeister am 01.10.2025

Koop, Axel am 01.10.2025

Sachverhalt:

Bisheriger Beratungsverlauf

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 08.09.2025 über den Beschlussvorschlag zur Nutzung des Rondells an der Schlosswiese für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie beraten. Der Beschlussvorschlag wurde nach intensiver Debatte mehrheitlich abgelehnt. Darüber hinaus hat der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss in selbiger Sitzung über einen [Antrag](#) der FRW-Fraktion beraten und mehrheitlich, wie folgt, für diesen votiert:

„Das leerstehende und abgängige Gebäude an der Schlosswiese (sog. Rotunde) wird im Jahr 2026 abgerissen. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 10.11.2025 einen Kostenvoranschlag für den Abriss vorzulegen.“

In der vergangenen Sitzung des Hauptausschusses am 29.09.2025 wurde verwaltungsseitig berichtet, dass es sich bei dem vorstehenden Beschluss um eine Empfehlung handelt, da erst nach Kostenermittlung und Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch die Stadtvertretung der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss legitimiert sei, über die Vergabe der Leistungen zum Abriss des Gebäudes zu entscheiden.

Der Hauptausschuss hat in seiner vergangenen Sitzung am 29.09.2025 ebenfalls den Beschlussvorschlag zur Nutzung des Rondells für das PfD-Projekt mehrheitlich abgelehnt und den Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses über den Abriss des Rondells (siehe oben) dahingehend ergänzt, dass neben einer belastbaren Kostenermittlung für den Abriss des Gebäudes auch die möglichen Sanierungskosten des Bestandsgebäudes als eigenständige Alternative darzustellen sind und zu prüfen ist, ob das Gebäude in den Anwendungsbereich der städtischen Erhaltungssatzung fällt und welche rechtliche Folgen sich daraus ergeben könnten.

Mit dem erweiterten Prüfauftrag soll nunmehr gewährleistet werden, dass die Stadtvertretung (voraussichtlich in der Sitzung am 08.12.2025) eine fundierte Entscheidungsgrundlage erhält, welche die Kosten-Nutzen-Abwägung zwischen Abriss und Sanierung ermöglicht. Die Klärung des Anwendungsbereichs der Erhaltungssatzung ist erforderlich, um die rechtlichen Rahmenbedingungen eindeutig zu bestimmen und mögliche Einschränkungen oder Auflagen frühzeitig zu berücksichtigen.

Sachverhalt gemäß Ursprungsvorlage

Hintergrund:

Die Stadt Ratzeburg und das Amt Lauenburgische Seen tragen seit 2017 gemeinschaftlich die 'Partnerschaft für Demokratie' der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen. Sie haben in den vergangenen Jahren 7 Jahren mit den Fördermitteln des Bundesprogramms 'Demokratie leben!' in Höhe von 607.700 € und einem Eigenmittelanteil in Höhe von 75.300 € (Stadt Ratzeburg: 37.650 € / Amt Lbg. Seen: 37.650 €) 223 demokratiestärkende Projekte und Aktionen in Stadt und Amt ermöglichen können.

Mit dieser erfolgreichen Bilanz konnte sich die 'Partnerschaft für Demokratie' (PfD) in

2025 auch für die dritte Förderperiode des Bundesprogramms bis 2032 qualifizieren und so diese Arbeit nachhaltig absichern.

In dieser neuen Förderperiode sollen sich nach Vorgabe des Bundesprogramms die rund 320 'Partnerschaften für Demokratie' inhaltlich und organisatorisch weiterentwickeln. So sollen sie durch die Transformation der ehemaligen Begleitausschüsse in eine offenere Bündnisstruktur stärker in der engagierten Zivilgesellschaft verankert werden. Diese soll eingebunden werden in ein Ämternetzwerk aus Verwaltungen und Sicherheitsorganen, auch mit dem Ziel, Schutzkonzepte für demokratisch engagierte Menschen zu entwickeln und einzuführen. Ebenso soll die Arbeit in den Partnerschaften durch eine wissenschaftlich fundierte Situations- und Ressourcenanalyse geschärft werden. Die 'Partnerschaften für Demokratien' sollen aber auch sichtbarer werden, als Zusammenschlüsse von Menschen, die für Demokratie und die Werte des Grundgesetzes eintreten. Sie sollen mehr sein, als ein 'bloßer Fördertopf'.

Inhaltlich sollen die 'Partnerschaften für Demokratie' neue Schwerpunkte neben Demokratiestärkung, Extremismusprävention und Vielfaltgestaltung bearbeiten, vor allem gegen Demokratieskepsis wirken. Sie sollen auch zunehmend Zielgruppen ansprechen, die sich bislang mit den geförderten Demokratieprojekten nicht oder nur wenig erreichen ließen.

Die 'Partnerschaft für Demokratie' der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen hat diese Herausforderungen angenommen. Bereits im Frühjahr wurde aus dem Begleitausschuss heraus das 'Bündnis für Demokratie und Menschenrechte in Ratzeburg und Umland', dem inzwischen 37 Personen und Institutionen angehören. Zur Erstellung eines Schutzkonzeptes wurden Kontakte zur örtlichen Polizeidirektion geknüpft, die diesen Prozess aktiv begleiten will. Auch die Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse wurde auf den Weg gebracht. Eine internationale Studierendengruppe der TH Lübeck wurde für diese Aufgabenstellung gewonnen.

Es wurden aber auch bereits erste Schritte für die Neuausrichtung der inhaltlichen Arbeit getroffen, beispielsweise die konzeptionelle Entwicklung von Jugendprojekten zum Themenfeld 'Demokratieskepsis' oder die Entwicklung von wirksamen Konzepten für eine Antirassismusbearbeitung im ländlichen Raum im Kontext der Mitgliedschaft von Stadt und Amt in der 'European Coalition of Cities against Racism' (ECCAR).

Überlegung zur Nutzung des Rondells an der Schloßwiese

Es gibt darüber hinaus auch Überlegungen, wie die Arbeit der 'Partnerschaft für Demokratie' der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen eine bessere Sichtbarkeit bekommen kann. Im Bündnis wurde hier die Idee entwickelt, die Partnerschaft in den öffentlichen Raum zu holen, durch ein 'Büro für Demokratie und Menschenrechte' an einem zentralen Ort in der Stadt. Dies soll ausdrücklich kein Ort sein, der schlicht angemietet wird, sondern ein Ort, der von der engagierten Zivilgesellschaft in gemeinsamer Arbeit entwickelt werden kann. Gerade die gemeinschaftliche Anstrengung für ein sinnstiftendes Ziel hat großes Potential, ganz unterschiedliche Menschen zusammenführen. Entsprechend wurde hier bewusst ein Raum gesucht, der herzurichten wäre.

Dabei ist der Blick auf das Rondell an der Schloßwiese gefallen. Diese Räumlichkeit ist aus städtischer Sicht abkömmlich und ohne Nutzung. Sie ist renovierungsbedürftig und erfordert einiges an Instandsetzung. Daher wäre es das ideale Objekt für die skizzierte Idee. Die 'Partnerschaft für Demokratie' würde im Rahmen einer Gemeinschaftsaktion die Räumlichkeit in Eigenregie renovieren und als 'Büro für Demokratie und Menschenrechte' entwickeln.

Idee einer Nutzung (Konzept)

Zur Umsetzung würde ein Pachtvertrag mit der Stadt Ratzeburg angestrebt werden, der eine Nutzungszeit (Bestandsschutz) bis zum Ende der laufenden Förderperiode (2032), bestenfalls über 10 Jahre vorsieht, die Stadt aber von allen Kosten freihält. Pachtnehmerin könnte hier die Volkshochschule Ratzeburg und Umland e.V. werden, die seit 2025 im Auftrag von Stadt und Amt hauptamtlich die 'Koordinierungs- und Fachstelle' der Partnerschaft leitet.

Das 'Büro für Demokratie und Menschenrechte' wird aktuell als Ort gedacht, in dem Menschen und Initiativen gemeinschaftlich demokratiestärkende Arbeit entwickeln, ein Ort für Beratungen, Diskussion, Fortbildungen und Aktionen. Das Büro wäre mithin Arbeitsplatz, Co-Working-Space, Treffpunkt, Informationsort, Beratungsstelle und Anlaufpunkt.

Parallel zur Instandsetzung würde diese Idee konzeptionell im Bündnis entwickelt werden, als ein weiterer Schritt der gemeinschaftlichen Arbeit.

Was brauchen wir?

Um diese Idee zu entwickeln, brauchen die Aktiven in der Partnerschaft die Offenheit und das Vertrauen der Stadtvertretung, dass mit bürgerschaftlichem Engagement aus Stadt und Umland solch ein Projekt in den kommenden Jahren tatsächlich entstehen kann, ein Projekt, das sich selbstträgt und die demokratische Zivilgesellschaft aktiviert und in den kommenden Jahren zu einem sichtbaren Aushängeschild der 'Partnerschaft für Demokratie' der Stadt Ratzeburg und des Amtes Lauenburgische Seen wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt: keine Ausgaben / Pachteinnahmen

Anlagenverzeichnis:

